

Anfragen zum Plenum

in der 7. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)
--

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann hat das Kabinett Beschlüsse zum sogenannten „Bayernvertrag“ mit der Firma Microsoft getroffen, wie lauten die Beschlüsse jeweils im Wortlaut; und falls keine Kabinettsbeschlüsse getroffen wurden, wie begründen sich dann die Vertragsverhandlungen bzw. Konsolidierungsgespräche des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat mit der Firma Microsoft?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie nach der Änderung der Bayerischen Gemeindeordnung, insbesondere der Regelung zur Nicht-Wählbarkeit nach Art. 31 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern, eine einheitliche verfassungskonforme Auslegung der Norm in allen bayerischen Kommunen, orientiert an den Maßstäben der obergerichtlichen Rechtsprechung (z. B. Bundesverwaltungsgericht, Urt. v. 14.06.2017 – 10 C 2/16; Verwaltungsgerichtshof München, Beschluss vom 13.05.2024 – 4 CE 24.553) gewährleisten möchte, auch unter Bezugnahme auf den am 05.02.2026 in der Süddeutschen Zeitung erschienenen Artikel „Muss eine Erzieherin kündigen, wenn sie in den Stadtrat gewählt wird?“, insbesondere wie sie vermeiden möchte, dass es zum ungerechtfertigten Ausschluss von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kommt, die keine Möglichkeit haben, inhaltlich auf die Verwaltungsführung Einfluss zu nehmen und somit weiterhin ehrenamtliche Gemeinderatsmitglieder sein können?

Nicole Bäumler
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kubikmeter Grundwasser darf die Firma Tennet im Rahmen des Konverterbaus für den Bau des Süd-Ost-Links im Mettenbacher Moos jährlich abpumpen (bitte aufgelistet nach Jahren und Wassermenge), wie viele Kubikmeter Grundwasser hat die Firma Tennet seit dem Beginn des Baus dort abgepumpt (bitte aufgelistet nach Jahren und Wassermenge) und welche Folgen hat diese Maßnahme für die Böden im betroffenen Gebiet (bitte mit Auflistung etwaiger Ausgleichsmaßnahmen im Sinne des Natur- und Umweltschutzes und Nennung der entsprechenden Informationen an betroffene Landwirte

	und Anwohner)?
Cemal Bozoğlu (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie zu weiteren Mitgliedern der Identitären Bewegung (IB) hat, die gleichzeitig Parteimitglieder der „Alternative für Deutschland“ (AfD) sind, welche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der AfD in Bayern gleichzeitig eine Mitgliedschaft in der IB aufweisen und ob der Neonazi [REDACTED] bei der Gründung der „Generation Deutschland“ in Bayern, am 20.12.2025, zugegen bzw. stimmberechtigt war?
Florian von Brunn (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet Ministerpräsident Dr. Markus Söder den Erfolg der geforderten Gastronomie-Mehrwertsteuersenkung angesichts eines Preisanstiegs für Speisen von 3,9 Prozent im Januar 2026 (laut Landesamt für Statistik), das bei theoretischer Weitergabe der Steuersenkung einer effektiven Verteuerung um fast 16 Prozent entspricht und seinem Facebook-Versprechen vom 10.09.2025 widerspricht, durch die Senkung die Bürger zu entlasten und Essen bezahlbar zu halten („Essen und Trinken bleiben bezahlbar und gleichzeitig sichern wir die Zukunft unserer Wirtshäuser“), hält er angesichts dieser Erfahrung pauschale Steuersenkungen für Unternehmen oder Erben (Halbierung der Erbschaftsteuer) weiterhin für den richtigen Weg, und wie will er die geforderte Stunde Mehrarbeit pro Woche (entspricht ca. 6 Tage Mehrarbeit pro Jahr) umsetzen (bitte Angabe ob mit oder ohne vollen Lohnausgleich sowie zusätzlich zu seinen weiteren Forderungen wie Karenztagen und der Abschaffung der „Rente mit 63“)?
Dr. Markus Büchler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Da im Entwurf zum Haushaltsgesetz 2026/2027 in Kap. 09 06 der Tit. 770 80-9 „Radoffensive: Bau von Radverkehrsanlagen“ 2025 noch 2 Mio. Euro angesetzt, dieser nun auf null reduziert wurde, die Tit. 883 81 sowie 883 81-2 in etwa ähnlicher Höhe wie bisher bleiben, frage ich die Staatsregierung, worüber werden die Radverkehrsanlagen zukünftig finanziert (bitte Titel und Ansatz angeben), wie wird die laut Antwort auf meine Schriftliche Anfrage vom 06.06.2025 betreffend „Stand Radverkehr und Umsetzungsstand des Bayerischen Radgesetzes“ (Drs. 19/7397) sehr gut angenommene Radoffensive weiterentwickelt und der steigenden Nachfrage nach Fördermitteln begegnet?
Kerstin Celina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, zu welchem Zeitpunkt sieht die Staatsregierung die Veröffentlichung des endgültigen Zeitplans für die Baumaßnahme Universitätsklinikum Würzburg vor, wann wird die Staatsregierung den noch ausstehenden umfassenden Bericht dazu (Beschluss Drs. 19/7122 „Planungsstand und Gesamtstrategie der Baumaßnahmen an den Universitätskliniken“) im Haushaltsausschuss geben und wie sieht der Finanzierungsplan für die drei geplanten Universitätsklinik-Baumaßnahmen in Augsburg, München und Würzburg nach heutigem Stand aus, um die Maßnahmen ohne weitere Verzögerung umsetzen zu können?
Maximilian Deisenhofer	Vor dem Hintergrund, dass im Zusammenschluss zwischen einem

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Großgrundbesitzer und einem Abbauunternehmen im Bannwald des Landschaftsschutzgebietes „Naturpark Westliche Wälder“ direkt beim Naherholungsgebiet „Peterhof“ auf 3,5 ha Fläche eine große Ton-Abbau-Anlage errichtet werden soll¹ frage ich die Staatsregierung, inwieweit teilt sie die Einschätzung, dass die geplante Rodung von circa 3 ha Bannwald im Holzhauser Tal durch eine Ersatzaufforstung kurzfristig nicht die Klimafunktion, CO₂-Speicherung und Erholungsqualität des bestehenden Waldes ersetzen kann, wie bewertet die Staatsregierung die Vereinbarkeit einer Genehmigung des Ton- und Sandabbaus mit der Rechtsprechung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (2023), wonach der Erhalt von Bannwald Vorrang vor privatwirtschaftlichen Interessen hat und ein Ersatzwald keine automatische Genehmigungsgrundlage darstellt, und welche Schritte unternimmt sie, um sicherzustellen, dass eine Entscheidung über den Abbau keinen Präzedenzfall für den „Naturpark Westliche Wälder“ schafft und die zusammenhängende Schutzfunktion des Gebiets langfristig gewahrt bleibt?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele anerkannte Flüchtlinge und damit Auszugsberechtigte gibt es derzeit in bayerischen Kommunen, die weiterhin in Flüchtlingsunterkünften untergebracht sind (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, Unterbringungsform – ANKER-Einrichtungen, Gemeinschaftsunterkünfte und zentrale sowie dezentrale Unterkünfte – und Wohnorten, bitte dabei auch die tatsächliche Kapazitäten in den Unterkünften benennen), wie viele anerkannte Flüchtlinge sind seit 2021 im Staatlichen Sofortprogramm bei der Wohnungsvergabe berücksichtigt worden (bitte aufschlüsseln nach Jahren und Regierungsbezirken), welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um über die genannten Programme hinaus Wohnraum für anerkannte und auszugsberechtigte Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen (bitte die Beratung und Motivation der Kommunen seitens der Staatsregierung benennen und Bestrebungen zu Bauen in sog. Mischgebiete aufführen – bei Nein, bitte begründen)?

Rene Dierkes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, gab es in den letzten 24 Monaten dienstliche Gespräche/Kontaktaufnahmen von Bediensteten/Beamten des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration oder nachgeordneter Behörden (z. B. Landesamt für Verfassungsschutz) mit/zu Abgeordneten des Landtags und wenn ja, welche Fraktionen waren betroffen und mit welchem Ziel erfolgten diese Gespräche/Kontaktaufnahmen?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Da die Zahl der diagnostizierten Autoimmunerkrankungen in Deutschland und Bayern laut Medienberichten im Zeitraum von 2015 bis 2025 deutlich angestiegen ist und Analysen von Routinedaten zeigen, dass die Prävalenz von Autoimmunerkrankungen (d. h. der Anteil der Erkrankten an der Bevölkerung) kontinuierlich zunimmt, wobei Frauen deutlich häufiger betroffen sind als

¹ siehe: <https://www.augsburger-allgemeine.de/augsburg-land/das-sagt-ein-anwalt-ueber-den-geplanten-abbau-im-holzhauser-tal-113034356>

Männer, frage ich die Staatsregierung, wie hoch war die Prävalenz (absolut und prozentual) an Autoimmunerkrankungen in Bayern in den Jahren 2005 bis 2025, was waren die jeweils zehn häufigsten diagnostizierten Autoimmunerkrankungen in Bayern in den Jahren 2005 bis 2025 und worauf führt die Staatsregierung diese Entwicklungen zurück?

Martina Fehlner
(SPD)

Nachdem es bei der dringend notwendigen Erweiterung der Uniklinik Würzburg gegenüber früheren Zeitplänen, die einen Baubeginn 2025 und eine Fertigstellung 2023 vorsahen, zu deutlichen Verzögerungen gekommen ist und weder der für Oktober 2024 vorgesehene Kabinettsbeschluss noch die für Dezember 2025 angekündigte Vorlage der Projektplanung gegenüber dem Haushaltsausschuss erfolgte, frage ich die Staatsregierung, welchen Bau- und Finanzierungsplan sie aktuell für den Bau der Kopfklinik, des Mutter-Kind-Zentrums, der Energiezentrale und der Begleitmaßnahmen der Uniklinik-Erweiterung hat, welche Kosten bis zur geplanten Eröffnung der Klinikerweiterung an den Bestandsbauten, insbesondere der aktuellen Kopfklinik und der aktuellen Frauenklinik, entstehen werden, um die Kliniken betriebsfähig zu halten und für wann die erforderlichen Beschlüsse des Ministerrats bzw. die Vorlage an den Haushaltsausschuss für den Beginn der Maßnahme vorgesehen ist?

Christiane Feichtmeier
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die aktuelle und zukünftige Verkehrsbelastung der bestehenden Salzachquerung im Bereich Laufen/Oberndorf, sieht sie mittel- bis langfristig einen Bedarf für eine zusätzliche Querungsmöglichkeit über die Salzach im Bereich der Stadt Laufen und welche wesentlichen Hürden (etwa rechtlich, naturschutzfachlich, wasserrechtlich und raumordnerisch) wären nach aktuellem Kenntnisstand zu erwarten?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der beschlossenen Erweiterung der Uniklinik Würzburg („Erweiterungsgelände Nord“) und dem sich verzögernden Baubeginn mit „Baufeldfreimachung“ frage ich die Staatsregierung, ob sie plant bei der kommenden Kabinettsitzung in Unterfranken den endgültigen Zeitplan für die Baumaßnahme Uniklinik Würzburg bekannt zu geben, für welche Bereiche mit Mehrkosten zu rechnen ist, nachdem der ursprünglich geplante Baubeginn 2025 sowie das geplante Ende 2032 nicht eingehalten werden können, und für welche Bereiche die Staatsregierung mit Mehrkosten durch die Verzögerung des ursprünglich geplanten Baubeginns 2025 sowie der geplanten Fertigstellung Ende 2032 (bitte die jeweiligen Bereiche mit den geplanten Kostensteigerungen angeben) rechnet?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Fällen wurden in den vergangenen drei Jahren Ausnahmen von der Wohnsitzverpflichtung (bei Asylbewerberinnen und Asylbewerber) zur Aufnahme einer Beschäftigung mit der Begründung abgelehnt, dass die erforderliche Mobilität oder Erreichbarkeit der Arbeitsstätte nicht ausreichend sichergestellt sei (bitte nach Regierungsbezirken auf-

schlüsseln), wie bewertet die Staatsregierung die Situation von Betrieben, die grundsätzlich bereit sind, Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu beschäftigen, deren Einstellungsabsicht jedoch daran scheitert, dass Arbeitgeber die von den Ausländerbehörden geforderte dauerhafte Mobilität- etwa aufgrund fehlender ÖPNV-Anbindungen – nicht gewährleisten können und sieht die Staatsregierung vor dem Hintergrund des bestehenden Arbeits- und Fachkräftemangels sowie der Ergebnisse einschlägiger Studien Handlungsbedarf, um den Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylbewerberinnen und Asylbewerber unter Wohnsitzverpflichtung praxisnäher zu gestalten?

Holger Griefhammer
(SPD)

Nachdem der Neubau der Justizvollzugsanstalt Marktrechwitz Ende 2021 mit einer Investitionssumme von knapp 296 Mio. Euro beschlossen wurde, frage ich die Staatsregierung, warum gibt es eine enorme Kostensteigerung des Neuprojekts der Justizvollzugsanstalt Marktrechwitz, welche Gründe gibt es für diese enorme Kostensteigerung im Rahmen der Behördenverlagerung und welche Maßnahmen plant die Staatsregierung oder sollen ergriffen werden, um solche Kostensteigerungen zu vermeiden?

Sabine Gross
(SPD)

Bezüglich der Zugverbindungen Hof – Selb frage ich die Staatsregierung, wurde zwischenzeitlich die Zustimmung des Aufsichtsrates der Bayerischen Eisenbahngesellschaft für einen Fahrplanwechsel im Dezember 2026 eingeholt, sind die notwendigen Mehrbestellungen von sechs täglichen Zugpaaren bereits erfolgt und welche weiteren Schritte wurden seitens der Staatsregierung seit Juli 2025 unternommen, um die Situation auf dieser Zugstrecke zu verbessern?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Nachdem in einem Instagram-Beitrag, mit dem Ministerpräsident Dr. Markus Söder Wahlwerbung für die CSU betreibt, er Folgendes mitteilt: „Kandidaten der CSU haben mehr Möglichkeiten, Fördermöglichkeiten und Unterstützung zu bekommen, aus München, aus Berlin“, frage ich daher die Staatsregierung, ist das Partebuch eines Bürgermeisters / einer Bürgermeisterin für die Staatsregierung relevant, um Unterstützung oder Förderungen zu erhalten, falls ja, wie (bitte sämtliche konkrete Projekte auflisten, bei denen CSU-Bürgermeister im Gegensatz zu Bürgermeistern anderer Parteien Förderungen oder Unterstützungen der Staatsregierung erhielten), und wie bewertet die Staatsregierung die Behauptung des Ministerpräsidenten, Kandidaten der CSU hätten mehr Möglichkeiten (offensichtlich im Vergleich zu Kandidaten anderer Parteien), Förderungen und Unterstützung aus München zu erhalten, verfassungsrechtlich?

Andreas Hanna-Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Modellprojekte zur Reformierung der Aufsicht über die Pflegeheime, die in der Pressemitteilung vom 06.02.2026 erwähnt wurden gibt/gab es (bitte auflisten), gibt es Berichte über die genannten Modellprojekte (bitte auch Stellen angeben, an denen diese einzusehen sind) und welches Modell wurde für die Reformierung als besonders geeignet erachtet (bitte auch begründen)?

Andreas Jurca
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welcher Dezernent innerhalb der Staatsanwaltschaft Augsburg das der Razzia im City Club Augsburg zugrunde liegende Ermittlungsverfahren federführend führt und hierfür verantwortlich zeichnet, welche Person vor Ort die Einsatzleitung tatsächlich wahrgenommen und die wesentlichen Einsatzentscheidungen getroffen hat, und ob der Staatsregierung bekannt ist, dass es im Rahmen des Einsatzes zu rechtswidrigen, besonders invasiven Durchsuchungen im Intim- oder Genitalbereich kam?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das „Neue Hauner“ am Campus Großhadern soll als wegweisendes Eltern-Kind-Zentrum bis 2029/2030 das bisherige Dr. von Haunerschen Kinderspital ersetzen und eine interdisziplinäre Versorgung von Frühgeborenen bis zu jungen Erwachsenen ermöglichen; vor diesem Hintergrund frage ich die Staatsregierung, welche konkreten baulichen, organisatorischen und versorgungsbezogenen Maßnahmen im Planungskonzept zur systematischen Berücksichtigung der Bedürfnisse von Müttern vorgesehen wurden, welche räumlichen Distanzen, Gebäudeverbindungen und Stockwerksdifferenzen zwischen Geburtshilfe/Frauenheilkunde, Neonatologie und pädiatrischen Stationen bestehen und ob geprüft wurde Geburtshilfe/Frauenheilkunde und Neonatologie in einem gemeinsamen Gebäude bzw. einem funktional integrierten Mutter-Kind-Zentrum unterzubringen ?

Florian Köhler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel zusätzlicher Strombedarf (in TWh und GW) wird nach Kenntnis der Staatsregierung für (KI-)Rechenzentren in Bayern für die Jahre 2030, 2040 und 2045 im Vergleich zu 2025 erwartet; wie hoch waren bzw. sind die Ausgaben der Staatsregierung für Ansiedlung, Förderung und andere Unterstützungsmaßnahmen für (KI-)Rechenzentren in Bayern für die Jahre 2018 bis 2025, für 2026 bis 2030, 2040 und 2045 (bitte die Antworten in tabellarischer Form jeweils pro Jahr und insgesamt angeben); welche konkreten Initiativen (z. B. Bundesratsinitiativen, Schreiben an EU-Kommissionspräsidentin) hat die Staatsregierung unternommen, um die negativen Auswirkungen des Energie-Effizienz-Gesetzes (EnEfG) auf Bundesebene und der EU-Energieeffizienzrichtlinie (EED) auf den Bau und die Inbetriebnahme von (KI-)Rechenzentren in Deutschland abzumildern oder zu ändern?

Sanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich seit und in Folge der COVID-19-Pandemie die Besuchszahlen an den Münchner staatlichen Mehrspartenhäusern und Bühnen für darstellende Künste (z. B. Staatsoper München, Staatstheater am Gärtnerplatz, Residenztheater) entwickelt, (bitte getrennt nach den Sparten Oper, Musiktheater, Ballett, Schauspiel und Konzert pro Jahr 2020, 2021, 2022, 2023, 2024 und 2025 angeben) wie hoch waren in diesen Jahren jeweils die durch Eintritte generierten Einnahmen, (bitte ebenfalls getrennt nach Sparten und Jahren angeben), und welche Einnahmen wurden in den letzten fünf Jahren durch etwaige Dritteinnahmen (Fremdvermietung, Sponsoring, Mäzenaten-

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

tum etc.) in den staatlichen Häusern in München erzielt?

Ich frage die Staatsregierung, welchen aktuellen Stand und welchen Zeitplan die bayerische Initiative zur Entwicklung eines eigenen KI-Grundlagenmodells unter dem Arbeitsnamen „Bayern-GPT“ hat, welche bayerischen Akteure und Hochschulen in Konzeption, Entwicklung und Umsetzung eingebunden sind und welche Zielsetzung die Staatsregierung mit Blick auf Offenheit und künftige Nutzbarkeit der entwickelten Modelle verfolgt?

Oskar Lipp
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie setzt sich die Staatsregierung auf Bundesebene dafür ein, dass der Gasspeicher Breitbrunn von der bundeseigenen Uniper SE auf den Freistaat Bayern übertragen wird (bitte den Stand der Gespräche, Maßnahmen und eventuelle Zeitpläne darstellen); welche Möglichkeiten prüft die Staatsregierung für den Erwerb oder eine maßgebliche Beteiligung am Gasspeicher Wolfersberg (bitte die Optionen, beteiligte Institutionen und geplante Fristen tabellarisch auflisten); wie stellt die Staatsregierung konkret sicher, dass die Gasspeicher Breitbrunn und Wolfersberg im Jahr 2027 nicht stillgelegt werden, falls eine Übernahme oder Beteiligung nicht erfolgt (bitte Maßnahmen, Verantwortlichkeiten und Zeitpläne tabellarisch auflisten)?

Stefan Löw
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Bürger haben im vergangenen Jahr eine Gratulationspost des Ministerpräsidenten erhalten (bitte Alter und Anlässe angeben, ab dem bzw. zu dem der Ministerpräsident den Bürgern gratuliert) und wie unterschreibt der Ministerpräsident die Gratulationspost (eigenhändig unterzeichnet bzw. mit technischen Hilfsmittel) und welche Kosten entstanden durch die Postzusendungen (bitte die Druckkosten, Portokosten, usw. angeben)?

Christoph Maier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Abschiebungen waren in Bayern im Jahr 2025 geplant, wie viele davon konnten nicht durchgeführt werden und aus welchen Gründen scheiterten diese (bitte nach Hauptursachen wie Nichterreichbarkeit der Betroffenen, Kirchenasyl, Widerstandshandlungen sowie rechtlichen oder gesundheitlichen Gründen aufschlüsseln)?

Johannes Meier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Haushaltstiteln (aller Haushalte und Haushaltspläne) wurden seit 2018 bis einschließlich 2026/2027 die jährlichen Ausgaben der Staatsregierung für den Ludwig-Erhard-Gipfel, die Weimer Media Group und damit zusammenhängende Organisationen vermerkt (bitte tabellarisch pro Jahr auflisten, jeweils mit Haushaltstitel, Haushaltsplan und Betrag in Euro); welche weiteren Veranstaltungen, Unternehmen, Organisationen oder Zwecke sind in diesen Haushaltstiteln zusätzlich ausgewiesen (bitte tabellarisch pro Jahr auflisten, jeweils mit Haushaltstitel, Haushaltsplan, konkretem Zweck/Organisation und Betrag in Euro)?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kenntnis hat die Staatsregierung zur Zahl der Schienenbrüche auf Bahnstrecken in Bayern seit 2018 (bitte nach Jahren, Ursachen und Regierungsbezirken

GRÜNEN)

aufschlüsseln), inwiefern steht das zuständige Staatsministerium dazu mit dem Bund im Austausch und welche konkreten Verbesserungen in diesem Bereich erwartet die Staatsregierung durch die laufende bzw. anstehenden Generalsanierungen von Bahnstrecken in Bayern?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Informationen das Digitale Wasserbuch nach Novelle des Wassergesetzes enthalten wird, d. h. ob genehmigte, gemessene und/oder gemeldete Wasserentnahmen enthalten sein werden, und nach welchen Kriterien diese Daten erhoben, überprüft, priorisiert und aktualisiert werden (z. B. ob gemeldete Wasserentnahmen gegenüber genehmigten Daten vorrangig berücksichtigt werden)?

Johann Müller
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob im Entwurf des Doppelhaushalts 2026/2027 Mittel zur Förderung von Meldestellen im Bereich der Meldung und Dokumentation von (insbesondere digitalen) Hass- und Hetzdelikten vorgesehen sind, etwa für Projekte wie RESpect! oder vergleichbare Meldestrukturen, aus welchen konkreten Haushaltsstellen (Einzelplan, Kapitel, Titel) diese Förderung jeweils finanziert werden soll und in welcher konkreten Höhe die dafür im Entwurf des Doppelhaushalts 2026/2027 veranschlagten Mittel jeweils angesetzt sind?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie der aktuelle Stand der Sanierung der Mensa am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München ist, mit welchem konkreten Zeitpunkt der Wiederinbetriebnahme derzeit gerechnet wird und welche Maßnahmen ergriffen wurden oder geplant sind, um während der fortdauernden Schließung eine angemessene Grundversorgung der Studierenden vor Ort sicherzustellen (z. B. durch Übergangsangebote oder zugängliche Automaten)?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche verfassungsrechtlichen Risiken sieht sie in einer zeitlich verzögerten Übertragung von Tarifiergebnissen auf die bayerische Beamtenbesoldung, wie bewertet die Staatsregierung vor dem Hintergrund der Leitsätze des Bundesverfassungsgerichts zum Beschluss des Zweiten Senats vom 17.09.2025 zur amtsangemessenen Besoldung der Berliner Landesbeamtinnen und -beamten die Vereinbarkeit einer zeitlich verzögerten Übertragung von Tarifiergebnissen mit Art. 33 Abs. 5 Grundgesetz und welche Prüfungen hat die Staatsregierung vorgenommen, um die Vereinbarkeit einer verzögerten Tarifübertragung mit den o. g. Leitsätzen zu prüfen (bitte unter Angabe von Zeitpunkt, beteiligten Ressorts sowie ggf. eingeholten Gutachten oder Stellungnahmen)?

Julia Post
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Frauen in den Jahren 2023 bis 2025 (bitte nach Jahr aufzählen) Opfer eines Femizids (geschlechtsbezogener Gewalt mit Todesfolge) wurden, wie viele Gewaltdelikte im Rahmen von häuslicher oder Partnerschaftsgewalt an Frauen insgesamt in den Jahren 2023 bis 2025 (bitte nach Jahr aufzählen) verübt wurden, und wie viele Frauenhausplätze in

den Jahren 2023 bis 2025 (bitte nach Jahr aufzählen) in Bayern vorhanden waren?

Anna Rasehorn
(SPD)

Vor dem Hintergrund der am Samstag, den 31.01.2026, im City Club Augsburg durchgeführten Razzia, bei der laut Presseberichten ca. 200 Polizistinnen und Polizisten eingesetzt wurden, frage ich die Staatsregierung zu den Hintergründen der Aktion (Zahl der eingesetzten Beamten; Beurteilung der Verhältnismäßigkeit des Einsatzes; Bilanz aus dem Einsatz, insbesondere hinsichtlich der aufgenommenen Rechtsverstöße und beschlagnahmten Gegenstände) und ob die Presseberichte zutreffend sind, wonach alle rund 150 Gäste über Stunden festgehalten worden seien und sich alle Gäste bis auf die Unterwäsche und teils darüber hinaus entkleiden mussten?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Planungsstand hinsichtlich eines/mehrerer Begegnungsgleise(s) (Ausweichgleise) zwischen Grafing-Bahnhof und Ebersberg (bitte mit Nennung der einzelnen Planungsschritte sowie der geplanten zeitlichen Umsetzung), welche Überlegungen gibt es derzeit bezüglich eines zweiten Haltepunkts in Ebersberg Süd, und welche Erkenntnisse oder Untersuchungen gibt es zu den Auswirkungen dieser Maßnahmen (z. B. auf Pendlerverhalten oder Emissionsreduktion)?

Elena Roon
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wofür werden die Mittel im Kap. 10 07, Tit. 74 des Haushaltsplans 2026/2027 genau verwendet, welche Einrichtungen, Projekte und Maßnahmen verbergen sich hinter der Förderung der Erziehung in der Familie, Maßnahmen im Bereich Kinderschutz / Soziale Frühwarnsysteme und Qualitätssicherung und woraus resultieren die Kürzungen (insb. in der Qualitätssicherung)?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der nur langsamen Fortschritte bei der Einrichtung des in Freyung geplanten Fortbildungs- und Tagungszentrums der Bayerischen Polizei, frage ich die Staatsregierung, wie sich der bisherige Betrieb darstellt (bitte bisherige Anzahl der festen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der durchgeführten Kurse und der Teilnehmenden angeben), wieso die Staatsregierung in ihrem Haushaltsentwurf für den Doppelhaushalt 2026/2027 nur 500.000 Euro für Hochbaumaßnahmen für das Projekt vorsieht, obwohl laut Pressemitteilung des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration vom 20.11.2024 mindestens 210.000.000 Euro für den Umbau der erworbenen leerstehenden Gebäude gebraucht werden und der Freyunger Stadtrat am 15.09.2025 für den Haushalt 2026 um die Bereitstellung von mindestens 3.500.000 Euro gebeten hat, und wie sich die konkrete Planung des Projektes für die nächsten Jahre darstellt (bitte unter Angabe von Etappenzielen für die Personalmenge, für den Umbau der vorgesehenen Immobilien und für den Umfang der durchgeführten Kurse)?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Personen sind aktuell im Verwaltungsrat der Versorgungsanstalt des Bundes und der Län-

GRÜNEN)

der (VBL) vertreten, wer vertritt derzeit die Interessen der Beschäftigten im Freistaat Bayern in diesem Gremium und inwieweit ist die Staatsregierung in die Aufsicht der VBL eingebunden?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie gedenkt, das im Koalitionsvertrag der Bundesregierung formulierte Ziel eines mit privatem Kapital ausgestatteten Investitionsfonds mit öffentlichen Garantien auf Bayern zu übertragen, inwiefern die Staatsregierung die von Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigte neue Plattform für alle staatlichen Förderprogramme mit Blick auf den Bereich Bauen und Wohnen umzusetzen beabsichtigt (bitte hier auch Zeithorizont angeben) und welche Kenntnis die Staatsregierung zum Sanierungsbedarf von Wohnungen mit Belegungsbindung hat (bitte nach Regierungsbezirken aufschlüsseln)?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Höhe beträgt der gesamte Ausgabereist der nicht verbrauchten Mittel aus der Feuerschutzsteuer Ende 2025 (voraussichtlich), wie hat sich der Ausgabereist in den letzten fünf Jahren entwickelt und welche Teile des Ausgabereistes sind für Investitionen an den staatlichen Feuerweherschulen fest eingeplant?

Ulrich Singer
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, hat die Staatsregierung Kenntnis darüber, wie im Zusammenhang mit der Nominierung von [REDACTED] durch die Akademie der Bildenden Künste Nürnberg für einen Bundeskunstpreis letztlich mit der Auszeichnung verfahren wurde, insbesondere ob der Kunstpreis endgültig aberkannt, ausgesetzt oder weiterhin lediglich ruhend gestellt wurde und ob [REDACTED] das mit dem Kunstpreis verbundene Preisgeld erhalten hat?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Antwort auf die Anfrage zum Plenum vom 28.01.2026 (Drs. 19/9843) wirft neue Fragen auf, daher frage ich die Staatsregierung, wie hoch war die Fördersumme der Städtebauförderung für Konversionsmaßnahmen in Bamberg, jeweils aufgeschlüsselt nach den einzelnen in der Antwort auf die Anfrage zum Plenum vom 28.01.2026 aufgeführten Maßnahmen, in Anbetracht der Tatsache, dass die letzten vier Maßnahmen (Reithalle, Willi-Brandt-Platz, Lorenz-Krapp-Park, Generalsvilla sowie Baumaßnahmen in der Offizierssiedlung) nach unserer Kenntnis noch nicht umgesetzt/abgeschlossen sind, in welcher Höhe wurden hierfür bislang Fördermittel an die Stadt Bamberg zugesagt und in welcher Höhe ausbezahlt?

Markus Striedl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche jährlichen Ausgaben hat der Freistaat in den Jahren 2018 bis 2025 jeweils für Wasserstoffpartnerschaften, Förderprogramme und Projekte im Ausland (einschließlich Kooperationen mit ausländischen Partnern, Finanzierung von Projekten, Beteiligungen an Wasserstoffherzeugung oder -beschaffung und entsprechenden staatlichen Initiativen über Außenvertretungen) vorgesehen und tatsächlich ausgegeben, und in welchen Haushaltstiteln sind diese Mittel jeweils eingestellt gewesen (bitte pro Jahr auflisten)?

Dr. Simone Strohmayr
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Inhalte zu Frauenrechten sind im Lehrplan der weiterführenden und beruflichen Schulen in Bayern verankert, in welchen Fächern wird dies vermittelt und wie verbindlich ist es, dass Frauenrechte im Unterricht behandelt werden (bitte für Schularten und Jahrgangsstufen getrennt angeben)?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Bezug auf die Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Freistaat Bayern, vertreten durch den Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, vom Dezember 2020 zur Umrüstung des FRM II (FRM II = Forschungs-Neutronenquelle Heinz Maier-Leibnitz) frage ich die Staatsregierung, was sind die Gründe dafür, dass die unter Punkt 3 vereinbarten Unterlagen für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren für eine Umrüstung des FRM II auf einen Brennstoff mit niedrigerer Anreicherung, die laut Vereinbarung bis Ende 2025 fertiggestellt sein sollten, nicht rechtzeitig zur Verfügung standen, wann werden diese voraussichtlich in dem Umfang nachgereicht, dass das atomrechtliche Genehmigungsverfahren eingeleitet werden kann und wann erwartet die Staatsregierung eine tatsächliche Umrüstung des FRM II auf einen Brennstoff mit niedrigerer Anreicherung?

Arif Taşdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie Mitarbeiter von Ordnungsbehörden, insbesondere der Kommunalen Verkehrsüberwachung, besser vor Anfeindungen, Angriffen und falschen Behauptungen schützen will, wie die Staatsregierung eine Ausstattung von Ordnungsbehörden mit Bodycams bewertet und ob die Staatsregierung eine entsprechende Gesetzesänderung wie z. B. in Nordrhein-Westfalen plant?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, seit wann weiß das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie von der vom Wasserwirtschaftsamt Weilheim am 12.09.2025 an das dem Staatsministerium unterstellten Bergamt Süd gemeldeten „teilweise deutlichen Überschreitung der Geringfügigkeitsschwellenwerte“ vor allem der Parameter Zink, Barium und BTEX an der Bohrung Kinsau 1, wie beurteilt das Staatsministerium den Vorgang und die in diesem Schreiben festgestellte „systematische und anhaltende Missachtung“ der Auflagen und welche Konsequenzen hat diese Beurteilung in Bezug auf die gesetzlich geforderte Zuverlässigkeit der beteiligten Unternehmen und damit gemäß § 11 Nr. 6 Bundesberggesetz auf bereits erteilte oder künftig zu erteilende Bergbauberechtigungen oder gemäß § 55 Nr. 2 Buchstabe a Bundesberggesetz auf künftige Zulassungen des Betriebsplans in den Feldern Lech und Lech Ost?

Markus Walbrunn
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkrete Begründung, rechtlichen Grundlagen und „tatsächlichen“ Anhaltspunkte für Straftaten oder Gewalttaten im Phänomenbereich PMK-Rechtslagen der Kontrollaktion mit Identitätsfeststellung der Teilnehmer eines Jugend-Stammtisches durch das Kriminalkommissariat 44 mit etwa 60 Beamten am 31.01.2026 in Sendling zugrunde, und

inwiefern war der Personaleinsatz von etwa 60 Beamten verhältnismäßig und rechtmäßig, unter Berücksichtigung der Störung des Lokalbetriebs sowie der mindestens stundenlangen Auswirkungen auf den Wirt u. a. sowie die Teilnehmer (bitte insbesondere in Anbetracht der mit der Maßnahme genau verfolgten Ziele im Vergleich zu anderen Phänomenbereichen wie PMK-Links mit unaufgeklärten Anschlagsserien oder Islamismus hinsichtlich des Umfangs des Personaleinsatzes und der sonst deutlich überwiegend ausbleibenden Durchführung von Identitätsfeststellungen z. B. durch die Kommissariate K42, 43 und 45 sowie Parallelen zu Methoden linksextremistischer Gruppen wie der „Antifa“, die Gastwirte unter Druck setzen, um Treffen steuernzahlender Bürger zu verhindern, erläutern)?

Laura Weber
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da der Schuldenstand der Kommunen so hoch ist wie nie und deshalb im Oktober 2025 das „Länder- und Kommunal- Infrastrukturfinanzierungsgesetz“ des Bundes entschieden wurde, welches ein Sondervermögen für die Kommunen vorsieht, um die Kommunen vor Ort zu entlasten, und hiervon von den vorgesehenen 100 Mrd. 15,7 Mrd. nach Bayern kommen sollen, frage ich die Staatsregierung, wann wird das Sondervermögen ausgezahlt, wie viel anteilig in die Oberpfalz kommen und wie viel werden die einzelnen Städte und Landkreise in der Nordoberpfalz bekommen (bitte aufgeschlüsselt nach Weiden, Tirschenreuth, Schwandorf, Amberg-Sulzbach, Neumarkt)?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Denkmäler könnten von der geplanten Einführung des Berücksichtigungsgebots im angedachten Art. 24 Abs. 2 Bayerisches Denkmalschutzgesetz (Drs. 19/9195) betroffen sein (bitte Anzahl angeben), konkret welche Denkmäler könnten laut Staatsregierung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands im Weg stehen und welche konkreten Projekte/Anfragen im Bereich Verteidigung gibt es in Bayern, bei denen Denkmalbelange berührt wären?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, nach der mit 80/3 Material vom Landtag beschiedenen Petition zur geschlossenen JERWA-Station an der Schön Klinik Vogtareuth, welche Maßnahmen wurden seitdem von Seiten des Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention ergriffen, welche Personengruppen, insbesondere Landtagsabgeordnete wurden durch die Staatsregierung dazu angehört, und bis wann ist aus Sicht der Staatsregierung mit einer (Wieder-)Eröffnung der JERWA oder einer sehr ähnlichen Station in Bayern zu rechnen?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kosten für die Haltung von Pandas im Tierpark Hellabrunn kommen auf den Freistaat, die Landeshauptstadt München und den Tierpark zukünftig zu (bitte aufschlüsseln nach Kosten für den Freistaat, die Landeshauptstadt München bzw. den Tierpark und nach Art der Kosten – Bau- und Anschaffungskosten, Unterhaltskosten, Zahlungen an den chinesischen Staat sowie sonstige Kosten), welcher Fördersatz wird für den Bau des Panda-Geheges im Rahmen der RÖFE-Mittel

(RÖFE = Richtlinien zur Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen) angewendet und welcher Fördersatz wurde bei Maßnahmen mit RÖFE-Fördergeldern im Durchschnitt in den letzten fünf Jahren gewährt?